

Erbschaftssteuer-Initiative

Klatsche im Klassenkampf

Die Erbschaftssteuer der Juso scheitert deutlich. Es ist der Schlusspunkt einer hart geführten Debatte.

Benjamin Rosch, Doris Kleck

Das muss auch eine unerschrockene Aktivistin erst mal sacken lassen. Als die ersten Trendzahlen über den Bildschirm flimmern, ist Juso-Präsidentin Mirjam Hostetmann eine der Letzten im Berner Progr, die in den trotzigen Beifall einstimmen.

Wenig später nestelt sie in einem roten (natürlich!) Mäppchen, auf dem steht «plein d'amour», voller Liebe. Es enthält unterschiedsreiche Statements, fein gegliedert nach Szenarien, die dann doch plötzlich zerzaust werden von diesem Abstimmungsergebnis. 21 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sagen Ja zur Erbschaftssteuer. Das ist nach allen Gesichtspunkten eine Klatsche.

«Haben eine Welt zu gewinnen»

Zwei Stunden vorher steht Mirjam Hostetmann draussen und zieht an einer selbstgedrehten Zigarette. Wieder und wieder murmelt sie ihre Reden durch, die sie später ins Mikrofon ruft. «Unsere Bewegung wird stärker werden», heisst es darin, «das ist sicher. Feiern wir um für unsere Arbeit, und dann machen wir weiter, denn wir haben eine Welt zu gewinnen.»

Vom Publikum gibt es für solche Sätze den wärmsten Applaus an diesem Sonntagmittag. Es trägt einen wilden Mix aus Hawaiihemden, Weihnachtspullis und vereinzelt palästinensischen Kufiya, dazu die bevorzugten Pronomen auf dem Namenssetzett. «Tax the rich», verlangen goldene Ballons im Hintergrund.

«Bei den Zwischenresultaten ist es wichtig, dass ihr stolz dreinblickt und motiviert wirkt», ruft Kampagnenleiterin Nathalie Ruoss den aufwallend vielen jungen Frauen ins Gedächtnis.

Der Lösung folgen sie tapfer, auch dann noch, als sich die Karte der Schweiz immer röter färbt. Dass die Initiative angenommen würde, hatte hier kaum jemand erwartet. Hostetmann selbst sagte in einem ihrer ersten Interviews als Juso-Präsidentin, es sei nicht ihre Rolle, mehrheitsfähige Lösungen anzubieten. Ein «Stachel» müsse die Jungpartei der SP sein. Das sei auch dieses Mal gelungen, findet Hostetmann: «Wir konnten während Wochen die unge rechten Besitzverhältnisse in der Schweiz zum Thema machen.» Der versuchte Klassenkampf in der rei-

chen Schweiz zog die Aufmerksamkeit der internationalen Presse auf sich. In den vergangenen Wochen durfte Hostetmann Medien aus den USA, den Niederlanden und sogar Japan Red und Antwort stehen. Ein Vermögensmagazin wählte sie zu den einflussreichsten Persönlichkeiten der globalen Finanzwelt.

Die Kehrseite dieser Personalisierung sind Drohungen, die Hostetmann und ihre Familie erhielten – manche wünschten ihr unverhohlen den Tod. «Das war krass. Ich hätte nie erwartet, dass dieses Thema derart polarisiert», sagt Hostetmann am Ende einer langen Kampagne.

Zunder war von Anfang an drin. Im Sommer 2024 war Hostetmann kaum im Amt, da warnte Unternehmer und Ex-SVP-Nationalrat Peter Spuhler vor der Erbschaftssteuer der Jungsozialisten. In einem emotionalen Interview sprach er über Auswanderungspläne und einen riesigen Schaden für den Wirtschaftsplatz Schweiz. Hostetmann hielt mit der Antwort nicht hinter dem Berg. Sie warf Spuhler vor, dass für ihn «Profit über Moral» stehe und seine Familie «steuerkriminell» sei. Dafür entschuldigte sich Hostetmann später. Eine Aussprache habe es

aber nie gegeben, sagt die Obwaldnerin.

Klima rückt in den Hintergrund

Angesichts solcher verbaler Auseinandersetzungen ist das eigentliche Ziel der «Initiative für eine Zukunft» in den Hintergrund gerückt: die Rettung des Klimas. «Wir wollten über die sozial gerechte Finanzierung von Klimaschutz reden. Die Gegner haben die Debatte aber wegwirkt», erklärt Hostetmann.

In der Öffentlichkeit sei vor allem die Besteuerung von Superreichen angekommen. Zur Erinnerung: Die Initiative verlangt eine Steuer in der Höhe von 50 Prozent für Erbschaften und Schenkungen über 50 Millionen Franken. Das erwirtschaftete Geld hätte zweckgebunden dem Klima- und Umweltkampf zugutekommen sollen.

Grossen sagt zwar, dass das Klima schon weiter oben auf der politischen Agenda stand. Ins grosse Klageklid will er aber nicht einstimmen. Er sieht viele positive Entwicklungen. Etwa der Ausbau der Solarenergie. Gehe es so weiter, würden die Ausbauziele bis 2050 erreicht. Bei der Neuzulassung

von elektrischen Lastwagen sei die Schweiz Weltspitze. Und vor einem Jahr habe die Schweizer Stimmbevölkerung mit 70 Prozent dem neuen Stromgesetz zugestimmt. Ein Bekennnis zum Klimaschutz.

Statt mehr Geld brauche es vor allem gute Rahmenbedingungen. Gross-

sens Kritik setzt hier an: Der Bundesrat sei daran, diese zu verschlechtern. So will er beim Gebäudeprogramm sparen oder die LSAV auch für elektrische Lastwagen erheben.

Die Klimafondsinitiative kommt

im März zur Abstimmung. Die Konstellation wird gleich sein wie bei der Erbschaftssteuer: GLP, Mitte, FDP und SVP werden zusammen mit den Wirtschaftsverbänden dagegen antreten.

Economiesuisse rechnete am Sonntag bereits vor, dass die Klimafondsinitiative 2030 9,6 Milliarden Franken kosten würde. «Damit würde der wirt-

freisinns für die Erhöhung des Rentenalters im letzten Jahr.

Für

Economiesuisse-Präsident Christoph Mäder ist der Erfolg auch ein Zeichen dafür, dass die Wirtschaft mehr Gesicht zeigen und sich in gesellschaftliche Diskussionen einmischen muss. Das Nein wertert er als Ja zum Unternehmertum – und als Absage an die Neidkultur der Juso. «Die Juso hat das Reichenbastiling übertrieben», sagt Jürg Grossen.

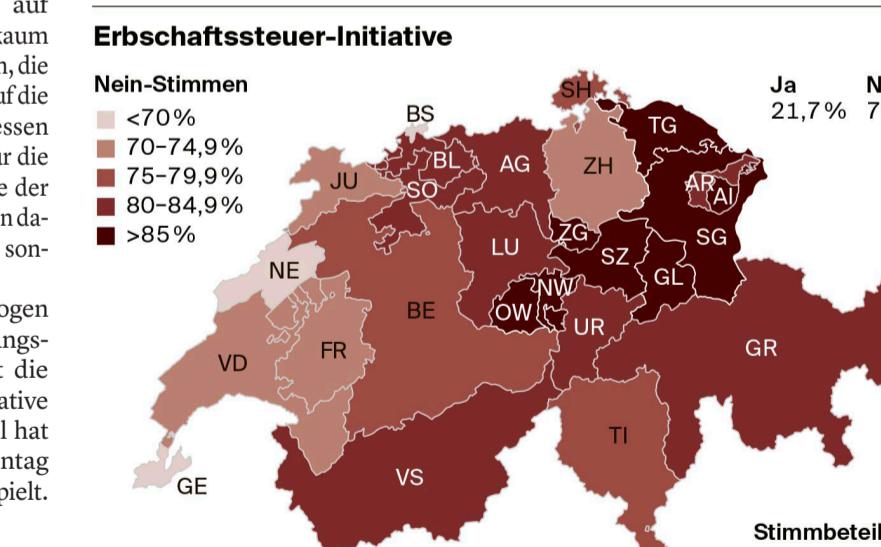
Es bleibt abzuwarten, ob sich die Gemüter nun wieder beruhigen. Bis «plein d'amour» scheint der Weg noch lang.

«Es war krass. Ich hätte nie erwartet, dass dieses Thema derart polarisiert.»

Mirjam Hostetmann
Juso-Präsidentin



Auch Medien aus den USA oder Japan berichteten über ihren Kampf gegen die «Superreichen»: Juso-Präsidentin Mirjam Hostetmann und ihr Vorgänger Nicola Siegrist. Bild: Keystone



Kantonsresultate im Detail

	% Nein
Aargau	84,3
Appenzell Ausserrhoden	83,4
Appenzell Innerrhoden	91,0
Basel-Landschaft	80,6
Basel-Stadt	66,6
Bern	76,3
Freiburg	74,6
Genf	68,1
Glarus	85,3
Graubünden	82,7
Jura	70,9
Luzern	82,8
Neuenburg	68,6
Nidwalden	89,3
Obwalden	88,9
St. Gallen	85,0
Schaffhausen	78,4
Schweiz	90,6
Solothurn	82,6
Thurgau	86,5
Tessin	79,4
Uri	84,7
Wallis	83,5
Waadt	70,7
Zug	86,6
Zürich	74,8

Quelle: Bundeskanzlei/Grafik: let

Die Stimmberichtigten haben einmal mehr der anberaumten Adelskaste, die nur über Erbe reich wird, widerspiegelt die Schweizer Lebensrealität nicht. Es ist andersherum: Erfolgreich sein können auch Menschen aus einfachen Verhältnissen. Das ist eine Folge einer Chancengleichheit, die auf einem starken öffentlichen Schulsystem basiert.

Zwischenfazit: Die Stimmberichtigten haben einmal mehr der Jungpartei einen mehr deutlich gemacht, dass ein eindimensionales und aus den marxistischen Altbeständen stammendes Anliegen genau dort hingehört – in die jungsozialistischen Mottekkiste.

Das klare Resultat dürfte nicht einmal in der Juso für Überraschung sorgen:

Den meisten Menschen in diesem Land ist schon länger klar, dass die breite Bevölkerung der Schweiz vom Reichtum einzelner mit profitiert.

Sei es, dass Vermögende einen wesentlichen Teil der Steuerlast tragen, sei es, dass sie als Unternehmer in der Schweiz und anderswo Jobs anbieten oder schaffen und so zum Wohlstand beitragen. Dass im Schweizer Unternehmertum oft auch Selfmade-Millionäre anzutreffen sind, hat die öffentliche Wahrnehmung geprägt:

Gleichzeitig wirkt der Abschiffer der Initiative ein schlechtes Licht auf die SP, die sich einmal mehr vor den Karren der jung-forschen Polarisierer hat spannen lassen und jetzt die Niederlage mitverantworten muss. Am Rande: Die aggressive Kampagne, die einzelne Reiche an den

«Die SP sollte den Mut haben, sich von ihrem antikapitalistischen Erbe zu trennen. Gern auch zu 100 Prozent.»

Daran ändert auch der Umstand nichts, dass die SP-Spitze nach klaren Prognosen im Vorfeld der Abstimmung die Klatsche hat kommen sehen und mit der Idee einer Light-Umsetzung der Initiative eine letzte Rettungslinie zuwerfen wollen. Am Rande: Die aggressive Kampagne, die einzelne Reiche an den

Pranger gestellt hat, war ein unauglicher Versuch, die Menschen aufzustacheln, ist aber voll nach hinten losgegangen, denn der Einbezug der Wirtschaftsvertreter hat genau das Gegenteil bewirkt: Die Glaubwürdigkeit der Angegriffenen hat der Initiative weitere Stimmen gekostet.

In einer über den Tag hinausgehenden Betrachtung ist bei dieser Abstimmung ein ungelöstes Problem erneut aufgetaucht, das die SP mit der Juso teilt: Wer noch immer wie die beiden Parteien die Überwindung des Kapitalismus zu seinen offiziellen Zielen zählt, hat die Signale der Menschen nicht verstanden (oder nicht gehört).

Kaum ein SP-Exponent verteidigt im vertraulichen Gespräch diese utopische Irrung noch, meist wird dann auf eine historische Bedeutung verwiesen. Aber das wiederum stimmt eben

se genau ein Beispiel für eine Idee, die von einem niederschwelligen Zugang profitiert hätte. Dann hätte eine Parlamentsskommission beispielsweise die Frage zur Rolle der Frauen noch besser abstimmen können. Bally gehört zu jenen sechs Politikerinnen, welche einen Vorstoß zur Volksmotion eingereicht haben.

Die Volksinitiative ist die vielleicht schärfste Waffe in der Schweizer Politik. Sie ist das Versprechen, dass jeder Bürger und jede Bürgerin einen Wunsch ins System einbringen, im Äussersten sogar in die Verfassung schreiben kann.

Vielleicht gerade darum ist sie als Instrument nicht besonders erfolgreich. Nur etwas mehr als zehn Prozent aller Volksbegehren, die zur Abstimmung gelangen, werden von Volk und Ständen auch angenommen. Häufig lautet die Bilanz für einen nationalen Abstimmungstermin, wie ihn die Juso- und die Service-Citoyen-Initiative nötig gemacht haben: Ausser Spesen nichts gewesen.

Auf die Kosten für dieses kollektive (Aus-)Üben der Grundrechte betragen rund 7,5 Millionen Franken, berechnete einst die Staatskanzlei. Darin enthalten sind der Druck der Abstimmungsunterlagen, deren Versand und die Entschädigungen für die Stimmenzähler. Sechs Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus sechs Parteien fordern nun einen neuen Weg. Sie politisieren für die eidgenössische Volksmotion könnte im Bereich von etwa 15'000 bis 25'000 Stimmberichtigten liegen, die maximale Sammelfrist bei etwa 9 bis 18 Monaten», schwiebt ihm vor. Minder blieb chancenlos, lediglich fünf andere Ratsmitglieder stimmten mit ihm.

Auf eine genaue Zahl festlegen will sich Bally nicht. Um eine gewisse Hürde einzubauen, dürfen aber mehrere zehntausend Unterschriften nötig sein. Für eine Volksinitiative braucht es 100'000 beglaubigte Unterschriften, für ein Referendum 50'000.

Fünf Kantone kennen die Volksmotion ausserdem bereits seit Jahren: Solothurn, Schaffhausen, Freiburg, Neuenburg und Appenzell Ausserrhoden. Auf nationaler Ebene wollte der Bundesrat 2012 indes nichts wissen von diesem Instrument. Mehr Rechte bedeuteten nicht mehr Demokratie, urteilte die Regierung und empfahl Minders Motion zur Ablehnung.

Überraschung aus dem Bundesrat

Dreizehn Jahre später hat der Wind gedreht. Vor etwas mehr als einer Woche gab der Bundesrat bekannt, dass er die Postulat zur Volksmotion annehmen will.

Bis die Volksmotion Realität würde, ist es aber noch ein langer Weg: Ein Postulat verlangt lediglich einen bundesrätlichen Bericht. Bis zur Erweiterung der demokratischen Rechte wird die Schweiz noch über so manche Volksinitiative abstimmen – und vielleicht sogar auch die eine oder andere annehmen.



Robin Blanck
SN-Chefredakteur
robin.blanck@shn.ch